

Mieten in Horb müssen bezahlbar bleiben

Diskussion Der Horber Jurist Johannes Kettenhofen und Udo Casper, Landesvorsitzender des Deutschen Mieterbunds, diskutieren im Kloster über die Aufgaben von Kommunen bei der Wohnungspolitik.

Horb. „Städte und Gemeinden brauchen Gemeinderäte, die sich für eine am Gemeinwohl orientierte kommunale Wohnungspolitik einsetzen.“ Diese Aussage von Udo Casper, Vorsitzender des Deutschen Mieterbunds in Baden-Württemberg, bescherte ihm eine Einladung der Horber SPD zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung. Der Horber Anwalt Johannes Kettenhofen beleuchtet die aktuelle Situation in Horb.

Der SPD-Ortsverein lädt zu dieser Diskussionsveranstaltung die Öffentlichkeit für den heutigen Dienstag, 26. März, 19 Uhr, in den Steiglehof ein. Casper erwartet kommunale Wohnraumversorgungskonzepte, „die zur Verbesserung der Wohnungsversorgung und zur Eindämmung der Mieten-

inflation zielgenau beitragen.“ Damit treffe er die Horber Voraussetzungen bei den Wohnungsmieten: Im Moment seien die Mietpreise in Horb zwar angemessen, wie die Organisatoren in ihrer Ankündigung schreiben, allerdings gebe es so gut wie keine freien bezahlbaren Wohnungen mehr. Da die Nachfrage aber immer größer werde, sei davon auszugehen, dass „die Mieten bald durch die Decke gehen“, schreibt der SPD-Ortsverein.

Kommunen können eingreifen

Caspers Konzepte beginnen mit einer „gemeinwohlorientierten Bodenpolitik, die die Spekulation mit Bauland verhindert“. Kommunen sollen als Akteure auf den Wohnungsmärkten auftreten, so soll ein preisgebundenes beziehungs-



Udo Casper (links) und Johannes Kettenhofen *Privatbilder*

weise gemeinwohlorientiertes Mietwohnungssegment, das sich im Besitz der Städte oder gemeinnütziger Wohnungsunternehmen befindet, aufgebaut und dauerhaft gesichert werden. „Mit dem Erlass einer Satzung zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum setzen die Kommunen klare Signale und erhalten bezahlbare Wohnungen für den lokalen Woh-

nungsmarkt“, so die Ankündigung. Städte könnten einen wichtigen Beitrag zur Mietpreisstabilisierung leisten. Sie können die geforderten Mieten bei Wohnungsangeboten prüfen und bei Mietpreisüberhöhungen Vermieterinnen und Vermieter auffordern, die Mietforderungen zu senken. Gute Beispiele hierfür seien die Städte Freiburg, Stuttgart und Esslingen.

Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert. Heute seien mehr als zwölf Prozent aller Arbeitsplätze an einem durchschnittlichen Tag wegen Homeoffice nicht ausgelastet. In der Folge stoßen Unternehmen Flächen ab, die sie nicht mehr brauchen. Zunehmend stünden Gewerbeimmobilien deshalb leer. Casper schlägt vor, aus leerstehenden Gewerbe-

flächen Wohnungen zu machen. Ferner vertritt er die Meinung, dass Klimaschutz und Mieterschutz zusammengehören. So fordert er die Kommunen auf (für Horb ein belastendes Thema), schnellstmöglich einen Wärmeleitplan vorzulegen, der ausweist, wo Fernwärmeversorgungs- und wo Nahwärmeversorgungsnetze entstehen werden. Auch die Versorgung mit grünem Strom müsse Teil dieser Planung werden.

Die Mietenproblematik in Horb kennt der Anwalt Johannes Kettenhofen wie wenige andere. Er wird im Steiglehof einen Überblick und seine Einschätzung zur Situation geben. Der Deutsche Mieter-schutzbund Horb, dessen Mitglied Kettenhofen ist, lädt ebenfalls zu der Veranstaltung ein. NC